

G. Müller Schmid, Eggeli 434, 9103 Schwellbrunn

Amt für Umwelt
Fritz Zürcher
Kasernenstrasse 17
9102 Herisau

Vernehmlassung Massnahmenplan Luftreinhaltung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Massnahmenplan Luftreinhaltung, Aktualisierung 2007 Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Appenzell Ausserrhoden benützt die Vernehmlassung, um ihre Anliegen diesbezüglich in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

1. Einleitende Bemerkungen

- Die SP AR hält fest, dass Umweltschutz, Luftreinhaltung, CO₂ Verminderung und sorgsamer Umgang mit Energieressourcen ein übergeordnetes und sehr wichtiges Ziel der Gesellschaft ist.
- Die SP AR erachtet Konzept und Massnahmenplan grundsätzlich als gut, wobei unseres Erachtens aus den Papieren wenig griffige Massnahmen hervor gehen. Der MPL-07 ist vage formuliert und dadurch werden wenig messbare Wirkungen erzielt.
- Das seit 1994 Erreichte, v.a. im Bereich Verkehr, ist massgeblich auf die Entwicklungen auf Bundesebene zurück zu führen.
- Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat keine Visionen entwickelt, Innovationen sind nicht erkennbar. Das wunderschöne Appenzellerland könnte eine Vorreiterrolle übernehmen, dort wo Kantone Einfluss nehmen könnten.

2. Realisierungsbilanz MPL-94

Allgemein S.9+10. Wir stellen fest, dass die Ziele lediglich bei den VOC erreicht wurden. Eine Verschärfung im MPL-07 ist deshalb zwingend. Der Massnahmenplan insgesamt ist jedoch um einiges schwächer als sein Vorgänger MPL-94. Die NOx-Emissionen werden zu fast 50% vom Verkehr verursacht. (S21) Von den festgelegten Massnahmen im Bereich Verkehr V1-19 wurden 12 oder 2/3 nicht oder lediglich teilweise umgesetzt.

V1 Wir stimmen zu, dass die Mobilitätsbedürfnisse ganzheitlich unterstützt werden müssen. Der MIV steigt weiterhin stärker an als der ÖV. Dieser Trend wird leider durch die Massnahmen im Agglomerationsprogramm massiv unterstützt. (Schiene, Wege, Umsteigen -> 12 Massnahmen, Strasse 25 Massnahmen)

V6-V9 In Herisau wird auf die „Massnahmen Y“ hingewiesen. Ypsilon-Massnahmen wurden auf Kantonstrassen umgesetzt. Wir schlagen eine Umsetzung auch auf Gemeindestrassen vor.

V12 Einkaufs- und Freizeitzentren verursachen viel Individualverkehr. Parkierungsgebühren müssen überall erhoben werden. Insbesondere denken wir da an die Schwägalp die sehr viel Verkehr generiert. Wir sehen hier Handlungsbedarf.

V16 Umsetzung ausstehend: Antrag, Anreize zur Beschaffung und zum Betrieb von schadstoffarmen Fahrzeugen ins Strassenverkehrsgesetz aufnehmen.

Das Fazit können wir aufgrund der in Absatz 1 erwähnten teilweisen und fehlenden Umsetzungen nicht teilen

3. Entwicklung und aktuelle Situation

Die Partikel-Emissionen werden zu 61% durch Haushalte und Land-Forstwirtschaft verursacht. Hier liegt der grosse Handlungsbedarf.

4. Handlungsbedarf und -schwerpunkte

Der Handlungsbedarf ist erwiesen und kann nicht nur lokal im Kanton AR betrachtet werden. Massnahmen wirken grenzüberschreitend auch in der Stadt St. Gallen.

Strategie „Vermeiden“. Die zu Recht aufgeführte steigende Fahrleistung durch Trennung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit muss übergeordnet gehemmt werden. Durch den geplanten Bau einer Autobahn durchs Appenzellerland wird die Wahl sinnvoller Verkehrsmittel in die falsche Richtung gelenkt. Antrag: Der Strategie „Vermeiden“ muss höchste Priorität eingeräumt werden.

5. Massnahmenplan

W.1 – W.3: Förderung der Holzenergie wird sehr begrüsst. Anträge: Konkretisierung in allen Punkten. Durch Erwerb von technischem Knowhow Emmissionsverbesserungen realisieren. Bereitstellen von Infrastrukturen, um den heimischen Rohstoff Holz optimal aufzubereiten (finanziell und organisatorisch). Die systematische Kontrolle bei Feuerungsanlagen muss eine Selbstverständlichkeit sein und vor allem auch umgesetzt werden.

V.1: Umfahrungsstrassen fördern die Zersiedelung und schwächen den ÖV. Insbesondere die Umfahrungsstrasse Herisau erhöht den Verkehrsdruck auf das Hinterland. Antrag: Die vorgeschlagene Massnahme soll durch den Verzicht auf den zusätzlichen Autobahnanschluss gestärkt werden.

V.2: Antrag: Konkretisierung. Ist zu allgemein gefasst. Fehlende Messbarkeit der vorgeschlagenen Massnahmen.

V.3: Antrag: Die Steueransätze sollen neu auf den CO₂- und NO_x-Ausstoss ausgerichtet werden, kombiniert mit dem Gewicht des Fahrzeuges (Bonus-Malus-System kostenneutral, Offroader beachten)

V.4: Die Massnahme ist ein Rückblick und enthält keine zukünftigen Ziele. Der Kleinräumigkeit ist Rechnung zu tragen, zB. mit PubliCars eine umfassende Feinvernetzung sicher stellen und Querverbindungen schaffen.

V.6: Antrag: Erweitern auf Gemeinden und grosse Betriebe. Mobilitätsmanagement ist eine Massnahme, die verschiedene Einzelmassnahmen umfasst. Die Beschränkung auf die kantonale Verwaltung ist zwar als Vorbildwirkung sehr zu begrüssen, ist aber nicht genügend.

LW.2: Antrag: Massnahmen sind zu ergänzen mit auszuarbeitenden Kriterien, wie gebaut werden soll. Es sind auch Grundlagen zu schaffen für die Beratung der Bauern durch Fachleute.

Bisher wurde in der Umsetzung zu wenig gemacht.

IG.1: Es ist nicht einzusehen, warum lediglich bei grösseren öffentlichen Aufträgen Auflagen gemacht werden können. Die Vorbildwirkung ist nicht zu unterschätzen, der Einfluss der öffentlichen Hand muss ausgeschöpft werden. Antrag: Ersatz „bei grösseren öffentlichen Aufträgen“ durch „bei allen öffentlichen Aufträgen“.

Wir hoffen, dass unsere Anregungen in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Für die Arbeitsgruppe der SP Appenzell Ausserrhoden
Gabriela Müller